Nummer 251 — Halle, Sonntag, den 25. Oktober 1925 — 60. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 1.60 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 42 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.25 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagshaus, Neue Promenade 1a u. St. Bauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Konto: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 22315. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Zum deutsch-russischen Handelsvertrag.

Der stellvertretende Außenhandelskommissar des Sowjetbundes Frumkin ist in Berlin eingetroffen. Seine Reise wird im Zusammenhang mit dem Ausbau der Handelsbeziehungen und der Verwertung des deutschen 100-Millionen-Mark-Kredits gebracht.

*

Der „Roten Fahne", dem offiziellen kommunistischen Organ zufolge kehrt Tschitscherin Mitte kommender Woche nach Berlin zurück. Dem gleichen Blatt zufolge hat die gestrige Fraktionssitzung der Kommunisten beschlossen, im Reichstag gegen den Vertrag von Locarno zu stimmen.

*

Unmittelbar nach Abschluß der Beratungen über den Locarnovertrag wird das Reichskabinett die Maßnahmen gegen die Teuerung fortsetzen. Für kommenden Mittwoch hat der Kanzler den Empfang der Gewerkschaften zugesagt. Besprechungen mit einer Reihe Produzentenverbänden finden Freitag kommender Woche im Reichsernährungsministerium statt. In Berlin ist innerhalb zwei Tagen der Preis für ein Ei weiter auf 26 bis 28 Pfg. gestiegen.

*

Die Londoner „Evening Times" melden aus Köln, daß die englischen Besatzungsbehörden alle laufenden Verträge zum 1. Januar kündigen. — Demnach soll Köln erst nach Unterzeichnung der Locarnoverträge (1. Dez. in London) geräumt werden. Wenn selbst die Engländer sich in der ganz klarliegenden Kölner Frage soviel Zeit lassen, sind das ja schöne Aussichten auf Erfüllung der deutschen „Nebenforderungen"!

*

Die gestern vom deutschen Botschafter in Paris überreichte Note betreffend die Abrüstung, ist nach ihrer Uebersetzung den alliierten Botschaftern zugestellt worden. Die Botschafterkonferenz wird Anfang nächster Woche zusammentreten um die Note zu prüfen.

*

Wie die im Reichswehrministerium erscheinende „Marinerundschau" meldet, verkauft die französische Regierung an Polen 12 kleine U-Boote und will ebenso sieben ähnliche Boote an Rumänien abgeben. Frankreich hat sich in Artikel 18 des Washingtoner Marineabkommens zu folgendem verpflichtet:

„Jede der vertragschließenden Mächte verpflichtet sich, nicht durch Geschenk, Verkauf oder irgendeine andere Art von Uebertragung irgendeines Kriegsschiffes derart zu verfügen, daß ein solches Schiff zu einem Kriegsschiff in der Flotte irgendeiner fremden Macht werden kann."

*

Der polnische Landtag lehnte das von der Radikalen Bauernpartei eingebrachte Mißtrauensvotum gegen Grabski mit 182 gegen 153 Stimmen ab. Auch die Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Regierung wurde abgelehnt.

*

Nach einer Meldung des „Rußpreß" sind die in Moskau zum Tode verurteilten reichsdeutschen Studenten begnadigt und aus Rußland ausgewiesen worden.

*

In der Donnerstagsitzung des Berliner Holzindustriellenvereins wurde bekanntgegeben, daß die amerikanischen Kredite vom 1. November ab um allgemein 1,5 bis 2 Prozent im Zinssatz erhöht worden sind. — **Wenn das die Antwort auf Locarno ist, werden die Kredite im Falle der Annahme der Verträge wohl ganz aufhören, weil die Zinsen nicht mehr herauszuwirtschaften sind.**

*

Der Vatikan hat in Neuyork eine 1,5 Mill.-Dollar-Anleihe aufgenommen. — Früher hieß es: „Alle Wege führen nach Rom", heute heißt es: **„Alle Wege führen nach Neuyork".**

Weiterer Vormarsch der Griechen.

Völkerbundsratssitzung in Paris.

Auf Grund des Hilferufs der Bulgaren an den Völkerbund wird der Völkerbundsrat am Montag in Paris zusammentreten. Der englische Außenminister Chamberlain wird an der Sitzung teilnehmen. Der französische Außenminister Briand hat Griechen und Bulgaren namens des Völkerbundes aufgefordert, ihre Truppen zurückzuziehen. Bulgarien hat die Aufforderung befolgt.

Dagegen rücken die Griechen weiter vor, laut einer neuen bulgarischen Note an den Völkerbund, wonach die Griechen in einer Breite von 32 Kilometer und Tiefe von 10 Kilometer in bulgarisches Gebiet eingedrungen sind und ihre Operationen fortsetzen, auch die offene Stadt Petritsch weiter mit schwerer Artillerie beschießen.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Athen: Die militärische Sperrung der gesamten Grenze gegen Bulgarien und die Einberufung von zwei Jahresklassen beweist den Ernst der Lage In Athen finden Massenmeetings statt, in denen der Krieg gegen Bulgarien gefordert wird. Die Londoner „Times" bestätigt diese Nachrichten und teilt ferner mit: Die Regierung hat zwei Jahresklassen zu militärischen Uebungen einberufen.

Auch die rumänische Regierung hat aus unbekannten Gründen Einberufungen größeren Umfangs vornehmen lassen.

Unerwartete „Rückwirkungen".

Unter „Rückwirkungen" versteht man in Deutschland bekanntlich die Erfüllung der sogenannten deutschen „Nebenforderungen" von Locarno. Es scheint aber noch andere „Rückwirkungen" von Locarno und der dort angeblich beschlossenen allgemeinen Völkerverbrüderung zu geben und diese Rückwirkungen treten merkwürdig schnell, viel schneller als die anderen ein:

Zur Frage der allgemeinen Abrüstung die doch die ganz natürliche und selbstverständliche Folge der angeblichen Begrabung des Kriegsbeils in Locarno sein müßte, hat die französische Presse schon erklärt: daran sei vorerst gar nicht zu denken.

Jetzt hat der belgische Außenminister Vandervelde den ausländischen Pressevertretern erklärt: Die Herabsetzung des belgischen Heeresetats komme zunächst nicht in Frage. Belgien könne als kleiner Staat nicht mit der Abrüstung beginnen, solange die Nachbarländer starke Heere unterhielten. Die Abrüstung sei nur durch den Völkerbund „zu gegebener Zeit" zu lösen.

Noch schöner ist die bereits gestern gemeldete englische Stellungnahme, wonach gerade die in Locarno übernommenen Verpflichtungen der Rheinsicherung die Abrüstung unmöglich machten. Und Amerika gar hat, wie ebenfalls bereits gemeldet, gleichzeitig mit Locarno die allgemeine Militär- und Zivildienstpflicht eingeführt. Rußland vollends hat eine 15prozentige Heeresverstärkung angeordnet und Japan zieht Truppen in Korea zusammen.

Was sagen unsere vom ewigen Frieden so überzeugten Pazifisten von diesen unerwarteten „Rückwirkungen" von Locarno? — Aber vielleicht erwarten sie, daß nun Mussolini, ausgerechnet Mussolini, als Vertreter der letzten verbleibenden Großmacht der Welt, mit der allgemeinen Abrüstung beginnen wird!

Im Balkan, wo die Griechen gegen die Bulgaren kämpfen, Rumänien mobilisiert, Jugoslawien sich rüstet, um mit Englands Schützling Griechenland und mit Rumänien zusammenzugehen: dort sieht es wirklich so sehr nach ewigem Frieden und Abrüstung aus, daß Mussolini allen Grund hat, abzurüsten, damit, wenn er die Waffen abgelegt hat, die ihm feindlichen Balkanstaaten ihn von rechts und die Franzosen von links fassen und ihn mit dieser Zangenbewegung in aller „Brüderlichkeit" die Kehle zudrücken.

Die „Rückwirkungen" der Völkerversöhnung von Locarno sind wirklich ganz außerordentlich. Wer jetzt immer noch nicht an den ewigen Frieden glaubt, der ist eben kein Pazifist; was man freilich auch so ausdrücken kann: Wer kein Pazifist ist, der glaubt nicht an den ewigen Frieden!

*

Die Londoner „Times" meldet aus Paris: Der Vertrag von Locarno zeigt ungewollte Folgen. Oesterreich und Ungarn haben sich bei dem Völkerbundsrat gemeldet. Sie verlangen mindestens die gleiche Einschränkung des Truppenaushebungsrechtes des Völkerbundes (Art. 16 des Völkerbundpaktes) wie sie Deutschland zugestanden worden ist. — Das ist recht lehrreich für uns, denn man sieht daraus, daß andere Staaten wegen des Art. 16 große Sorge haben. Die Verweigerung des Durchmarschrechtes scheinen sie allerdings ebensowenig zu wagen wie unsere deutschen Locarnovertreter.

Ablehnung der Locarnoverträge.

Entschließung des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei.

Der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei faßten heute mit erdrückender Mehrheit folgende Entschließung:

In Fortführung der von der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits ergriffenen Initiative erklären der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei: „Das nunmehr vorliegende Vertragsergebnis von Locarno ist für die Partei unannehmbar."

Graf Westarp kündigte hierauf an, daß er die deutschnationale Reichstagsfraktion auf Sonntag nachmittag einberufen werde, um nach diesem Beschluß über die erforderlichen Schritte zu beraten.

*

Von maßgebender volksparteilicher Seite erfahren wir, daß die durch den Beschluß der deutschnationalen Delegiertenversammlung geschaffene Lage nicht als endgültig angesehen wird. — Die Deutsche Volkspartei hat das Vertrauen zu der Deutschnationalen Volkspartei, das sie bei der endgültigen Stellungnahme in der Angelegenheit sich der Folgen auf außen- und innenpolitischem Gebiet bewußt sein wird. Die Deutsche Volkspartei kann darnach nur annehmen, daß sich

die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Regierungskoalition

und auf dieser Grundlage die weitere Verfolgung der mit der Note vom 20. Juli beschrittenen klaren außenpolitischen Linie sich wird ermöglichen lassen.

Einstellung der Optantenausweisungen.

Aus Warschau wird gemeldet:

Die Bemühungen der deutschen Gesandtschaft haben nach Jahresfrist doch zu einem erfolgreichen Abschluß geführt. Minister des Aeußern Graf Skrzynski erklärte dem deutschen Gesandten Rauscher, daß die polnische Regierung in Anbetracht der seit Locarno eingetretenen politischen Entspannung sich heute in der Lage sähe, auf das Recht zu verzichten, die für den 1. November zum Verlassen Polens fälligen deutschen Optanten des Landes zu verweisen.

Die deutsche Gesandtschaft hat sogleich die deutschen Generalkonsulate und Konsulate in Polen zwecks rechtzeitiger Benachrichtigung der deutschen Optanten hiervon in Kenntnis gesetzt.

*

Von polnischer amtlicher Seite wird die Einstellung der Optantenausweisungen bestätigt. Auf Grund eines Protestes der polnischen nationaldemokratischen Partei erklärten jedoch einige Minister, die Einstellung sei nur eine vorläufige, weil „Umstände" eingetreten seien, die die Einstellung der Ausweisungen als zur Zeit ratsam erscheinen ließen; sie bedeute jedoch keineswegs einen endgültigen Verzicht auf das Ausweisungsrecht.

— Wir Deutschen können den polnischen National-Demokraten für ihren Protest nur dankbar sein. Denn nun wissen wir zweierlei, 1. daß der Verzicht auf die Ausweisung nur ein Köder sein soll, damit wir uns auf die Locarnoverträge einlassen und 2. daß die Polen keine Zusicherung endgültigen Verzichtes auf die Ausweisung gegeben haben und geben wollen, sondern ihre feindselige Haltung gegenüber Deutschland aller Locarnoversöhnung zum Trotz beibehalten wollen.

Wahrlich Grund genug für uns, uns auf den Locarnoboden einzulassen.

Ja, siedeln! Aber wie?

In unserer Innenpolitik gibt es drei, vier ganz große Probleme, die wie reißende Löwen umherjagen, Schrecken und Phantasien wecken, mit denen aber ein ernstes Zusammentreffen ängstlich vermieden wird. Einer dieser reißenden Löwen ist das Siedlungsproblem.

Siedeln wollen sie alle, die das Wohl der Gesamtheit auf ihre Fahne geschrieben haben: die Kommunisten wollen einfach das ganze Land aufteilen — wobei dann die Berliner Nr. 3 Millionen und folgende ihren Landteil vermutlich so hübsch bequem und nahe wie bei Bitterfeld zugeteilt bekommen würden, sofern dorthin nicht das Land der Hallenser von Nr. 195 000 aufwärts zu liegen käme und diesen nicht wieder die Leipziger ins Gehege kämen, so daß die Hallenser sich mit den Eisleebenern und Thüringern über irgend ein Stück des Südsaumklotzers des Thüringer Waldes streiten müßten. Jedenfalls würden die kommunistischen Siedelungspläne fabelhaft unpraktisch für die Großstädter, insbesondere für die großstädtischen „Proletarier" sein.

Die Sozialdemokraten wissen in Siedlungsfragen beim besten Willen nicht, was sie wollen. Aber siedeln wollen sie. Die Demokraten sind gleichfalls sehr siedelungsbegeistert und man muß zugeben, daß es für einen erheblichen Teil ihrer Anhänger, besonders in Großberlin, moralisch außerordentlich gesund wäre, wenn sie zwischen die Kohlköpfe und Kartoffelstauden oder die Wiesen aufs Land ausgesiedelt würden. Das Zentrum will entschieden den alten Spruch vom großen Manen der Kirche aus dem Gedächtnis auslöschen und ihren zahlreichen kleinen Anhängern ein Geschenk machen. Die Führung in der ganzen Siedlungsfrage haben die Rechtsparteien, Insbesondere auch der Landbund ist — entgegen den Behauptungen der Linkspresse — durchaus siedlungsfreundlich.

Aber nirgends packt man das Problem ernsthaft an, wie es sein müßte. Der Staat selbst, auf dem nichts wächst als Papier und Staub, spielt eine viel größere Rolle als die grünende Flur.

*

Um das Problem klein zu kriegen, muß man es zerteilen (wobei ich wegen dieser Binsenweisheit um Entschuldigung bitten muß).

Also erster Teil: Wer will und soll siedeln?

Man lasse alle Illusionen und Phantastereien beiseite und beachte, wie stark der Ackerhunger der Industriemenschen seit der Markstabilisierung zurückgegangen ist: Siedeln will und soll nur die Jugend. Die Erwachsenen, ob Mann ob Weib, sind versorgt, entweder in ihrer Berufsarbeit oder — durch Arbeitslosenunterstützung. Nur wenige tausende Erwachsene sind es, die — aus Liebe zur Natur und zum Landleben wirklich ernsthaften Siedlerwillen haben. Ganz anders die Jugend. Sie weiß oder fühlt es dumpf, daß wir am Ende der bisherigen großen Weltwirtschaftsepoche stehen, die auf der räumlichen Teilung der Arbeit beruhte, insofern als Europa für die übrige Welt die Industrieprodukte und die übrige Welt für Europa die Nahrungsmittel erzeugte. Damit ist die Zukunft der Jugend auf das ernsteste bedroht.

Daher das Suchen und Verlangen nach neuen Existenzmöglichkeiten. Zugleich drängt aus dem Urgrund unlösbarer sozialer Probleme auch der Idealismus und Freiheitsdrang der Jugend zu neuen Lebensformen. Für diese materielle und ideelle Not hofft die Jugend im Siedeln eine Lösung zu finden. Die Siedelungsfrage ist also kein Erwachsenen- sondern ein Jugendproblem. Das ist für die Behandlung von maßgebender Bedeutung.

*

Der zweite Teil der Frage lautet: Ist Land vorhanden zum Siedeln?

Hier muß man bei wirklich sachlichem Vorgehen alle Ländereien ausscheiden, die bereits in landwirtschaftlicher Kultur stehen. Den Großgrundbesitz aufteilen wollen, der nachweislich der Hauptversorger der Städte ist, hieße die Städte der Hungersnot aussetzen. Denn der ländliche Kleinbesitz wird im wesentlichen immer nur den Eigenbedarf an Getreide und Kartoffeln und für die Ausfuhr in die Städte nur Viehprodukte liefern. Auch die Wälder, soweit sie auf nutzbarem Boden stehen, dürfen aus Rücksicht auf ihre Bedeutung für Volksgesundheit, Klima und Wasserverhältnisse nur ausnahmsweise der Siedlung zum Opfer fallen. Das Land braucht Wälder innerhalb der Felder, wie die Städte Grünflächen innerhalb der Häuserblocks brauchen.

Es bleibt nur das Moor- und Oedland zum Siedeln. Davon stehen mindestens 10 Millionen Morgen zur Verfügung (vgl. die Berechnungen von Bostels, Tacke u. a.), darunter allein in der Provinz Hannover etwa 6 Millionen Morgen. Die dort unterbringbare Menschenzahl wird auf 2,5—3,5 Millionen Köpfe geschätzt. Von dem Zuwachs an landwirtschaftlicher Erzeugung und Bedarf würden mindestens weitere 1 Million Städter ihren Lebensunterhalt gewinnen können. (Rund ½ unserer gesamten Industrieerzeugung nimmt die Landwirtschaft auf, die weiteren ⅔ gehen normalerweise ziemlich zu gleichen Teilen an die Städte und als Exportware ins Ausland, seit dem Kriege ist der Export sogar wesentlich geringer.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19251025010/fragment/page=0001

Der dritte und schwierigste Teil der Frage lautet: wie macht man das Siedeln finanziell möglich?

Hier seien die Einzelstragen der eigentlichen sogenannten Finanzierung, die vielfach erörtert sind, beiseite gelassen. Erst müssen die finanziellen Grundvoraussetzungen geschlossen werden, insbesondere die Rentabilität des Siedelns für den Siedler. Es genügt nicht, die Millionen Menschen auf das Moor- und Oedland zu bringen, sie müssen dort auch ihre Existenz finden können. Dem stehen aber besonders zwei Hindernisse entgegen: Heute rentiert schon die normale Landwirtschaft auf normalen Böden schlecht insolge der niedrigen Preise der entscheidenden Bodenerzeugnisse gegenüber den hohen Preisen der industriellen Bedarfsgüter der Landwirte. Noch viel weniger kann also Bebauung von Oedland rentieren, das geringwertiger an Qualität und zudem als Neuland („toter Boden") in den ersten Jahren nicht einmal den seiner Qualität entsprechenden Ertrag bringen kann.

Dem kann nur abgeholfen werden durch Zusicherung besonderer finanzieller Vergünstigungen an die Neusiedler (ähnlich wie es z. B. in England bei den Rübenbauern geschieht und bei dem neuen Landprogramm Lloyd Georges vorgesehen ist) in Form von Steuerbefreiungen und außerdem von direkten Zuschüssen für eine Reihe von Jahren.

Ohne recht erhebliche Agrarzölle, bei denen unverdienter Mehrgewinn der guten Bodensorten evtl. durch Erhöhung der Grundsteuer für diese guten Böden zugunsten der Siedlungsländereien ausgeglichen werden könnte, werden diese Zuschüsse schwerlich zu ermöglichen sein. Denn daß die Städter in kluger Bewertung der Gewinne, die ihnen eine Nutzbarmachung der Oedflächen durch Steigerung ihres Absatzes und allmähliche Verbilligung der Agrarerzeugnisse bringen würde, eine Sondersteuer zugunsten der Siedler auf sich nehmen würden, ist trotz des oft behaupteten größeren Gemeingeistes der Städter nicht zu erwarten, so daß im Zweifel doch eher die Landwirtschaft sich zur vorläufigen Aufbringung in Form eines Ausgleiches hoher Agrarzollgewinne bereitfinden würde.

Eines ist jedenfalls sicher: will man Siedlungspolitik treiben, dann muß man auch für die zur Sicherung der Siedlerexistenz notwendigen Zuschüsse sorgen, und keine Siedlungsbegeisterung wie z. B. die des größten Teiles der Linksparteiler ist ehrlich und echt, die nicht für diese Grundvoraussetzung der Lösung des Siedlungsproblems sorgt. Statt der Zuschüsse könnten theoretisch auch derart hohe Agrarpreise dienen, daß auch das minderwertige Siedlungsland sofort eine Rente abwirft, praktisch ist dieser Weg undurchführbar. Es bleibt nur der Weg einer Subventionspolitik, die aber als produktionssteigernd einen ganz anderen Charakter hat als die rein negative, rein konsumierende Arbeitslosenunterstützung, die übrigens in ihrer wirtschaftlichen Gedankenlosigkeit und Verständigkeit ein klassisches Zeichen für die Not[illegible]schaft und zugleich Hilflosigkeit [illegible] Gedankengänge gegenüber dem wichtigsten Problem der Volkswirtschaft, nämlich der Existenzbeschaffung, ist. Immerhin, wenn Arbeitslosengelder ausgebracht werden, sollte es auch möglich sein, für die wirtschaftlich und sozial viel gesündere Siedlungspolitik die Gelder aufzubringen. Freilich: Gegenüber dem Parteineid und den Parteiprinzipien ist das wirtschaftlich und sozial Gesunde und Notwendige erfahrungsgemäß nur ausnahmsweise durchzusetzen.

Endlich sei noch auf eins hingewiesen: Noch nie und nirgends in der Welt hat Neuland im Großen in der Weise bestedelt werden können, daß man schöne Steinhäuser darauf baute, ehe der Boden einen diesem Wohnluxus entsprechenden Ertrag gab. Erst der Boden, dann das Vieh und zuletzt der Mensch. Das ist die unausweichliche Reihenfolge, in der für die Bedürfnisse gesorgt werden muß, jede Abweichung davon macht das Besiedeln von Neuland zu einem Münchhausenstreich und heißt das Pferd am Schwanz aufzäumen. Denn der Boden kann nicht entbehren — sonst bleibt er eben Oedland; und das Vieh kann nicht entbehren — sonst wird es unbrauchbar; nur der Mensch kann entbehren und zunächst hinter dem Boden und dem Vieh zurücktreten, weil er allein nicht mehr im rohen Naturzustand ist, sondern Kulturgewohnheiten hat, auf die er ohne Beeinträchtigung seines Naturzustandes zeitweilig verzichten kann. Dieser Verzichtmöglichkeit und diesem Verzicht allein ist jede Ausbreitung des Menschengeschlechts in unbesiedeltes Land zu verdanken.

Daß der Verzicht nicht unerträgliche Ausmaße anzunehmen braucht, dafür hat die vorbesprochene Subventionspolitik zu sorgen; soll aber überhaupt auf seine Kulturgewohnheit und insbesondere nicht auf die kostspieligste des Wohnens in geschlossenen Steinhäusern auch nur vorübergehend verzichtet werden, dann muß man auf die ganze Siedelungspolitik verzichten. Dann ist eben das kulturverwöhnte heutige deutsche Volk nicht mehr fähig, den freien Raum, der ihm gehört, zu nutzen und wird mit dem allmählichen Versiegen unseres Zeitalters der Exportindustrie selber allmählich bis auf die durch den Binnenlandaustausch zwischen Industrie und heutiger deutscher Landwirtschaft absterben.

Freilich lasse ich mir den Glauben nicht nehmen, daß unsere deutsche Jugend in der Lösung des großen Problems der deutschen Jugend, in der Siedelungsfrage, richtig geleitet und unterstützt die Kraft in sich hat zum Verzicht, und damit zu neuer Existenz auf ihrem eigenen freien deutschen Boden. An uns Erwachsenen ist es, die Forderungen zu erfüllen, die unsere Jugend mit Recht an uns stellt.

Dr. H. Elze.

Verschiedene Volkscharaktere.

Von Prinz Andreas von Ruhland.

In der „Londoner Daily Mail" schreibt der vielgereiste russische Prinz folgende Beobachtungen nieder:

Die Sozialisten sprechen immer von der Brüderlichkeit der Menschen und die Kommunisten wollen alle Länder unter ihr Einheitsregel der Internationale bringen. Das ist alles dummes Zeug. Die Stimme des Blutes kann niemals ganz zum Schweigen gebracht werden. Zwar führen Erziehung und Kultur zu einer gewissen Gleichmäßigkeit, aber jede Nation, ganz gleich, wie ihre Lebenshaltung ist, bewahrt ihre ganz ausgesprochenen Charakterzüge.

Der Spanier z. B. ist noch immer ganz überwiegend ein mittelalterlicher Mensch. Malerisch und ritterlich, liebt er es, der Held für die Sache einer Frau zu sein. Manch ein Stierkämpfer wird nicht so sehr durch die Begeisterung der Menge angespornt als durch das Lächeln seiner kleinen Carmen. Der Spanier ist eifersüchtig und rachsüchtig und ist selten ohne irgend eine Feindschaft aus Liebe.

In Frankreich ist der „Ritter ohne Furcht und Tadel" heute so gut wie ausgestorben. Der moderne Durchschnittsfranzose ist ein höchst nüchterner Tatsachenmensch, und wenn er nicht ein Lebemann ist, so ist er im höchsten Maße bürgerlich und Freund des geruhigen Lebens. Er hat einen durchaus praktischen Sinn und sein eifrigstes Bemühen ist, Geld aufzuhäufen für sein Alter. An die Frauen seiner Familie stellt der Franzose sehr hohe moralische Ansprüche; aber er sieht keine Inkonsequenz darin, für sich selbst volle Freiheit zu beanspruchen.

Der Italiener ist ganz Feuer und Flamme, leicht entfacht und fähig, große Taten zu vollbringen, so lange seine Begeisterung glüht. Aber die erlischt schnell und von Natur ist er eher gleichgültig. In der Liebe zeigt er dieselbe leichte Entflammbarkeit und ist ebenso unbeständig wie in seinen sonstigen Bestrebungen und Lebensidealen. Er ist ebenso eifersüchtig und rachsüchtig von Natur wie der Spanier; aber es hält bei ihm nicht vor und er vergibt und vergißt leichter.

Der Amerikaner ist in erster Linie ein Geschäftsmann und denkt schnell und sicher. Er faßt alle Seiten einer Frage auf den ersten Blick und ist im Handeln ebenso prompt wie im Denken. Dabei ist er aber sehr merkwürdig, daß er, der das Leben nur nach Dollars zu bewerten scheint, ein ausgesprochener Sentimentaler ist und die Frauen auf das höchste und lustigste Piedestal stellt.

Den Engländer hat Napoleon I. als den typischen Kleinkrämer bezeichnet. Meiner Ansicht nach ist er in allererster Linie ein Sportsmann. Von frühester Kindheit an erzogen, seinen Körper zu schulen und für den Sport zu bilden, kommt der Engländer schließlich dazu, alle Fragen des Lebens nur als Sport anzusehen. Im Uebrigen hat er die Eigenheiten der nordischen Rassen — darunter eine gewisse Sentimentalität in der Liebe; das ist ein Zug, den er allerdings schwerlich zugeben wird, aber die ganze englische Literatur bestätigt es durchaus.

Der Russe ist nach den landesüblichen Begriffen ein Mensch mit mehreren Kilometer hohen Stiefeln an den Beinen und einem meilenlangen Messer in der Hand. Leider muß ich feststellen, daß der Durchschnittsrusse (ich spreche von Russen, nicht von Bolschewisten) genau so zivilisiert ist wie andere Völker. Er neigt dazu, zu träumen und alles schwer zu nehmen. Aber in seinem Handeln ist er schnell und kühl. Er ist ein großer Fatalist und tief in jedes Russen Seele eingepflanzt lebt das religiöse Empfinden."

*

Setzt man ergänzend beim Spanier den ritterlichen Stolz, die Gastfreiheit, Liebenswürdigkeit und den Frohsinn, beim Norditaliener die Strebsamkeit und Rührigkeit, beim Südsitaliener ebenfalls die sonnige Heiterkeit und beim Russen in Ergänzung dessen, was der russische Prinz über das Träumerische seiner Landsleute sagt, die große, fast kindliche Gutmütigkeit hinzu und daneben eine wie in nächtlichem Dunkel phosphoreszierende wilde und seltsam mystikalische Leidenschaft: so dürften damit in wenigen Worten die charakteristischsten Züge der genannten Nationen bezeichnet sein. — Das der russische Prinz und die Londoner Zeitung es für richtig halten, das größte Volk Europas, unser deutsches Volk, einfach zu übergehen, mag dem mit der englischen Gesinnung nicht Vertrauten ein kleines aber bedeutsames Zeichen sein — wie wenig der Engländer auch heute noch von uns Deutschen wissen will!

Dr. H. E.

Einberufung der preußischen Generalsynode.

Laut einem soeben gefaßten Beschluß des evangelischen Landeskirchenausschusses wird, wie der evangelische Pressedienst erfährt, die auf Grund der neuen Kirchenverfassung durch Wahl der Provinzialsynoden gebildete Generalsynode, die parlamentarische Gesamtvertretung der evangelischen Kirche der altpreußischen Union, zum 5. Dezember nach Berlin einberufen. Es ist dies der erste Zusammentritt des obersten Kirchenparlaments seit dem Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung. Auf der Tagesordnung der nur auf eine kurze Dauer bemessenen Verhandlungen steht u. a. die Vornahme der Wahlen zum Kirchensenat, dem Organ der Kirchenleitung, auf das die Befugnisse des ehemaligen landesherrlichen Kirchenregiments übergegangen sind.

Der Anschluß von Schaumburg-Lippe an Preußen.

Unter dem Vorsitz des Staatsrats Steinbecher fanden in Bückeburg Besprechungen zwischen der Schaumburg-Lippeschen Landesregierung und einem vom Landesrat besonders dazu gewählten Ausschuß mit einem vom preußischen Ministerium des Innern entsandten Regierungskommissar über die Frage des Anschlusses von Schaumburg-Lippe an Preußen statt.

Die Aussprache ergab Einmütigkeit dahin, daß die Verhandlungen mit Preußen weitergeführt und die Ergebnisse in der allernächsten Zeit dem Landtage vorgelegt werden sollen, der zugleich über die Frage der weiteren formellen Behandlung der Angelegenheit entscheiden wird.

In den Besprechungen des französischen Kabinetts über die Finanzlage ergaben sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Caillaux' Sanierungsvorschläge, doch scheinen Gerüchte über ein Ausscheiden Caillaux' aus der Regierung verfrüht. Die Montagsitzung des Kabinetts wird für entscheidend angesehen.

Vom Krieg in Syrien.

Die Londoner „Times" meldet aus Haifa, es werde berichtet, daß 400 Mann algerischer Truppen im Deraabezirk gefangengenommen wurden. Die Eisenbahnverbindung zwischen Deraa und Damaskus sei unterbrochen.

Die unmittelbare Ursache des Aufstandes in Damaskus scheine die öffentliche Ausstellung der Leichen von 24 Räubern gewesen zu sein, die von den Franzosen in der Umgebung von Damaskus getötet worden waren. Die Stadt sei äußerlich ruhig, doch würden neue Unruhen befürchtet. Die Zahl der Opfer der Beschießung werde auf mindestens 1000 geschätzt. Im christlichen Viertel sollen zahlreiche Armenier niedergemetzelt worden sein.

Pariser Nachrichten aus Beirut stellen fest, daß es den Franzosen gelungen sei, die Ruhe in Damaskus wiederherzustellen. Anfang nächster Woche werden 10 000 Mann französische Verstärkungen in Syrien eintreffen, so daß die Franzosen dann im ganzen über 50 000 Mann verfügen werden.

Sozialer Hilferuf an Amerika.

Wie „Neuyork Herald" aus Kairo meldet, ist eine syrische Abordnung vor der dortigen amerikanischen Gesandtschaft vorstellig geworden und hat eine Petition überreicht, in der die Vereinigten Staaten gebeten werden, von Frankreich zu verlangen, daß es seine Angriffe in Syrien einstelle. Die syrische Abordnung hat zugleich die diplomatischen Vertretungen der anderen Mächte besucht und gegen die Beschießung der historischen Stadt Damaskus protestiert.

Tschangtsolin Kaiser von China.

Marschall Tschangtsolin hat sich zum Kaiser ausgerufen und beabsichtigt, die Mandschudynastie wiedereinzusetzen.

— Schon vor Monaten bezeichneten wir Tschangtsolin, dem Beherrscher der reichen Mandschurei auf Grund zahlreicher Nachrichten über seine Pläne und Wünsche als den künftigen Kaiser Chinas. Ob er freilich gerade jetzt den richtigen Zeitpunkt gewählt hat, ist äußerst zweifelhaft. Durch seine ablehnende Haltung gegenüber der ganz China bewegenden nationalen Bewegung und durch seine Beziehungen zu den fremden Mächten, hat er sich den Chinesen sehr verdächtig gemacht, so daß es eher aussieht, als ob das chinesische Volk nicht ihm, dem einstigen Straßenräuber, sein Vertrauen schenken würde, sondern seinem von ihm im vergangenen Jahre besiegten Gegner, dem hochgebildeten und angesehenen Militär von Fach Marschall Wu-Pei-Fu.

Im einzelnen wird über die Lage in China gemeldet:

Hankau, 24. Oktober. In einer Konferenz der führenden Militärs wurde vorgestern Marschall Wu-Pei-Fu zum Oberbefehlshaber der chinesischen Alliierten Streitkräfte gewählt. Wu-Pei-Fu begibt sich heute nach dem Norden an die Front gegen Tschangtsolin.

Die Londoner „Morningpost" meldet aus Peking: Nanking und Tientsin sind von Revolutionären besetzt. Peking gilt noch nicht als gefährdet, doch bringen sich die Fremden im Gesandtschaftsviertel in Sicherheit.

Die Japaner haben die Häfen von Korea sperren lassen, wie man annimmt, um Truppentransporte zu verdecken.

*

Die offizielle englische Reuteragentur meldet aus Peking: Das diplomatische Korps hat beschlossen, ein ihm von Wu Pei Fu zugegangenes Manifest nicht zu beantworten. Nach einer nicht amtlichen Meldung erhebt das Manifest dagegen Einspruch, daß der Zentralregierung irgendwelche Munitionsanleihen gewährt würden und daß die Tarifsteuerung abgehalten werde, solange die gegenwärtige Regierung im Amte sei. — Offenbar rechnen die fremden Mächte auf einen Sieg Tschangtsolins.

Sammeln Sie Wybert-Gutscheine dann erhalten Sie eine prachtvolle Bonbonniere

Was sich Berlin erzählt.

Der Herr Direktor. — Stenotypistin und Existenzminimum. — Mediumismus, Hellsehen, Prophetie. — Bei drei Markgroschen. — Unser gläubiges Aschenbrödel.

Die meisten Berliner heißen mit Vornamen Direktor.

Das hat mir, das erstaunt, schon vor Jahr und Tag ein ausländischer Großkaufmann gesagt. Die Probe aufs Exempel kann auch jeder Deutsche machen. Also Du brauchst bloß einmal zu inserieren, daß Du 1000 Mark, wirklich bare 1000 Mark, irgendwie gut anlegen möchtest. Alsbald kannst Du daraufhin die persönliche Bekanntschaft von Herrn Direktor Schulze, Herrn Direktor Goldberg, Herrn Direktor Pupke, Herrn Direktor Levy, Herrn Direktor Müller und ungezählter anderer machen. Im Handumdrehen hast Du 1000 Direktoren für Deine 1000 Mark beisammen. Im Durchschnitt „dirigiert" jeder von ihnen allenfalls ein Tippfräulein. Aber der Herr Direktor trägt Gamaschen über seinem sonst nichts weniger als eleganten Schuhwerk, hat eine „japanische" Perle im Schlips und ist den Oberkellnern fast aller Cafés gut bekannt; denn die Cafés sind sein eigentliches Geschäftslokal. Läßt Du Dich auch nur mit einem von den 1000 ein, so bist Du Deine 1000 Mark sicher los. Es gibt aber immer noch Leute, die nicht alle werden, Leute, die kleine Erbschaften oder Kauferlöse oder Lotteriegewinne nach Berlin bringen und davon leben diese Berliner, die mit Vornamen Direktor heißen. Sie sind da wie Sand am Meer. Wenn sie außer einem Tippfräulein noch einen Radfahrer beschäftigen, nennen sie sich Generaldirektor.

Mein kleiner Freund Franz, der Gerissene aus der Unbegabtenschule, den ich schon seit langer Zeit nicht mehr gesehen habe, wird demnächst wohl auch als Direktor auftauchen. Das ist eine üble Erscheinung für alle diejenigen, die wirklich im Geschäftsleben dirigieren.

Manch ein wirklicher Direktor verzichtet deshalb sogar schon auf seinen Titel; und als Hagestinnes starb, da stand in der Todesanzeige nur sehr wenigen Menschen verliehene Sehergabe, um irgend ein aktives oder passives Strahlungsvermögen vom Gehirn aus, das man Hellsehen oder Abwesenheits-Telepathie oder sonstwie nennen mag. Es hat immer in dem oder jenem Jahrhundert mal Propheten gegeben, die man wohl besonders begnadet genannt hat, obwohl sie meist sich als von Gott Geschlagene fühlten. Dieser Gabe froh geworden ist noch niemand, von Kassandra, der Tochter des Priamus in Troja, angefangen bis zu Friederike Hauffe, der schwäbischen Seherin von Provorst, die im blühenden Alter von 28 Jahren darunter zusammenbrach. Wir kennen die preußisch-deutsche Weissagung von Lehnin, die den Zweifelnden noch mehr sagt, als die Prophetie des Alten Testaments, die sich der Nachprüfung nicht so leicht stellt; aber was in Jahrhunderten einmal sich als erschütternde Wahrheit offenbart, das wird in der Zwischenzeit von Ungläubigen zu gewerbsmäßigem Betruge ausgenutzt.

Heute blüht dieses Geschäft auch in dem „aufgeklärten" Berlin so gut wie noch nie zuvor; sogar noch besser als in den ersten Kriegsjahren, wo bekümmerte Mütter aus Karten und Kaffeesatz sich das Frontschicksal des Jungen wahrsagen ließen. Abgebaute Angestellte und abgebaute Liebhaber: das ist das Hauptkontingent derer, die heute zu den Wahrsagerinnen laufen. Die ersten sind meist männlichen, die zweiten meist weiblichen Geschlechts. Unbekümmerte gehen nicht hin, wirklich Gebildete auch nicht, also haben es die Prophetaster leicht, den geeigneten Schwatz zu machen.

Vor zwei Jahren bin ich einmal bei dem „berühmten" und sehr teuren Johannsen gewesen, der besonders geschickt ist und selbst Leute „besserer Herkunft" faszíniert. Nun wollte ich mir einmal einen Rundgang bei den Gibollen des kleinen Mannes gönnen, die für wenige Mark ihr Gewerbe ausüben.

Zuerst im hohen Norden. Müllerstraße. Im zweiten Hof eine Treppe links, in trübem Dunst und [illegible]figer Luft, fraut Frau Peters. Sie empfängt mich gleich mit einem Schwall von Bemerkungen über den „Kollegen", den Hellseher Drost in Bernburg, und die von ihm entdeckten Diebe. Jawohl, sage ich, gerade so etwas führe mich her. Ich möchte wissen, wer mir neulich die Hemden vom Trockenboden geklaut habe. Ob ihr Medium bereit sei. „Nee", sagt sie, „mach' ick alleene!" Und nun setzt sie mir auseinander, daß ich eine alte Erb-Bibel und einen alten Erb-Schlüssel mitbringen müsse. Die Bibel werde, nachdem man den Schlüssel an ihr angebunden, auf den Tisch „hochtant" gestellt, ich müsse den Schlüssel anfassen und dann die Namen aller derer herzählen, die ich im Verdacht hätte, während sie, die Hellseherin, meine freie Hand fasse und „magnetisch-geistig" beeinflusse. Bei dem richtigen Namen werde dann die Bibel wackeln...

Also auf Wiedersehen. Auf zur nächsten Frau. In zum äußersten Westen. Holsteinische Straße. In einer kleinbürgerlichen Parterrewohnung werde ich in ein Wartezimmer, in dem nur ein aufgemachtes Bett stört, zu zwei harrenden Damen gesetzt. In ihrem Salon aber wahrsagt Frau Barta „psychometrisch" einer dritten Dame; zunächst, wie es scheint, aus der Vergangenheit. Es gibt Krach. Aber nej, alles ganz falsch! Das ist rausch! Das macht meine Fraau in Keenigsbarch ganz anders! Da brauch ich nich nach Barlin reisen! Mejn Jald will ich zurick!" Und schon rauscht die dicke Ostpreußin heraus und verschwindet. Das hat offenbar die Psychometrie getrübt. Als ich herankomme und der Prophetin gegenüber Platz nehme, ist sie noch befangen, weil sie wohl vermutet, daß ich die Szene gehört habe. Sie nimmt meine Rechte in ihre weichen Hände, deren Nägel nur leider nicht ganz sauber sind, drückt meine Hand langsam immer intensiver, erschauert, erzittert und läßt mich wieder los. „Ich kann Ihnen nichts sagen. Ich sehe keine Bilder."

Vor dem Hause stehen Schimpfende. Also schon zwölf Mark in einer halben Stunde habe die Frau verdient. So ein betrügerisches Aas. Nein, da wolle man doch lieber zu der nächsten, gleich um die Ecke. Die verstände das besser. Ob ich nicht mitmolle. Nein danke, ich führe zu einer ganz tüchtigen, weit weg.

Nun Berlins-Ost. Waisenstraße. Ganz altes Viertel. Eine wurmstichige Holztür führt direkt von der Straße, ohne Flur, auf eine steile alte Stiege, eine zweite Holztreppe bringt mich in das Stübchen von Frau Schulz in dem ein Wandan